

Vollbeschäftigung - ein alter Hut? : Überlegungen zu einer gewerkschaftlichen Neudefinition der Beschäftigungspolitik

Autor(en): **Baumann, Hans**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **6 (1986)**

Heft 11

PDF erstellt am: **11.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-651578>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Vollbeschäftigung – ein alter Hut ?

Überlegungen zu einer gewerkschaftlichen Neudefinition der Beschäftigungspolitik

In den letzten Jahren ist insbesondere von ökologischer Seite zunehmend Kritik an einer Vollbeschäftigungspolitik als wirtschaftspolitischer Strategie erwachsen, wobei sich diese Kritik auch auf (u. a. gewerkschaftliche) Konzepte bezieht, die über eine "klassische" keynesianische Vollbeschäftigungspolitik hinausgehen. Im folgenden sollen kurz die wesentlichsten Argumentationslinien dieser Position dargestellt und mögliche gewerkschaftliche Antworten dazu aufgezeigt werden.

Es handelt sich dabei um nicht mehr als ein Diskussionspapier, das thesenartig einige Argumente zusammenstellt und sich als Beitrag für eine fundierte wirtschaftspolitische Debatte in und ausserhalb der Gewerkschaften versteht.

*

Die keynesianische Vollbeschäftigungspolitik der fünfziger und sechziger Jahre war das auch von der reformistischen Arbeiterbewegung mitgetragene Modell der kurzfristigen, quantitativen Wachstumssteuerung. Dieses Modell bildete die Basis für die beispiellose wirtschaftliche Prosperität der Nachkriegsjahre, auf die sich auch der politische Konsens zwischen Kapital und Arbeit in dieser Zeit abstützte. Das angestrebte und zu einem grossen Teil auch erreichte Ziel der Arbeiterbewegung war neben der Vollbeschäftigung die Steigerung der Arbeitnehmereinkommen sowie die Verbesserung der übrigen Arbeitsbedingungen und der sozialen Sicherung. Dazu eignete sich die keynesianische Wirtschaftspolitik mit ihrer rein quantitativen Nachfragesteuerung bestens. Die Frage nach dem Inhalt der Produktion blieb nebensächlich.

Mit dem Einsetzen der Krise zu Beginn der siebziger Jahre zerbrach dieses Modell und damit auch weitgehend der darauf beruhende politische Konsens (1). Die Kapitaleseite und mit ihr die neoliberalen Wirtschaftspolitiker haben auf die Krise mit einer Politik der Rationalisierung, Lohnkosteneinsparung, Deregulation und des Sozialabbaus reagiert. Ziel ist eine Ankurbelung des Wirtschaftswachstums um jeden Preis, auch um den Preis vermehrter sozialer Konflikte, ökologischer Folgekosten oder erhöhter Kriegsgefahr (2).

Die ökologische Perspektive: Einkommens- statt Arbeitsplatzsicherung

In der Ablehnung dieser rein quantitativen Wachstumspolitik mit dem Ziel der Steigerung der Profitrate sind sich gewerkschaftliche, linke und grüne Ökonomen einig. Das gleiche gilt weitgehend auch noch für die Einsicht, dass die bis zu Beginn der siebziger Jahre gültige Formel des klassischen Keynesianismus abgewirtschaftet hat. Bei der Formulierung alternativer Konzepte

gibt es heute allerdings wichtige Unterschiede, welche eine einheitliche Strategie gegen die Kapitalinteressen erschweren. Ein wichtiger Unterschied betrifft dabei den Begriff der Vollbeschäftigung und die Beschäftigungspolitik als wirtschaftspolitisches Instrument.

Gewerkschaftsnahe Konzepte lehnen zwar heute mehrheitlich eine reine keynesianische Beschäftigungspolitik ab. Sie sprechen sich aber nach wie vor für das Vollbeschäftigungsziel aus, das einerseits durch Arbeitszeitverkürzung, andererseits aber auch durch eine Politik der Schaffung neuer Arbeitsplätze erreicht werden soll. Letzteres wird oft auch mit einer Politik des "qualitativen Wachstums" umschrieben (3).

Vertreter grüner Alternativkonzepte gehen bei der Frage nach Arbeitszeitverkürzung meist mit gewerkschaftlichen Forderungen einig und begründen dies ebenfalls mit dem Argument der Umverteilung der Arbeit auf alle, also mit dem beschäftigungspolitischen Argument (4). Inzwischen kritisieren jedoch viele den Begriff der Vollbeschäftigung, so wie er bis heute allgemein verstanden wurde, und lehnen auch die von Gewerkschaften und linken Ökonomen geforderten Beschäftigungsprogramme, die unter dem Schlagwort des qualitativen Wachstums segeln, ab. Stark verkürzt lautet die Argumentation etwa folgendermassen: Der Wachstumsfetischismus der letzten Jahrzehnte hat wesentlich zur Umweltkrise beigetragen. Zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung durch Arbeitsplatzbeschaffung sind heute jährliche Wachstumsraten nötig, die – selbst wenn sie erreichbar wären – die Umweltzerstörung weiter vorantreiben würden. Die Grenzen des Wachstums sind deshalb auch die Grenzen der Vollbeschäftigung, die in der Vergangenheit ohnehin nur für den männlichen Arbeiter in den Industrieländern gegolten hat und immer von unbezahlter Arbeit der Frauen oder Unterbeschäftigung in peripheren Gebieten begleitet war. Auch Beschäftigungsprogramme, die Arbeitsplätze vor allem im Umweltschutz und sozial nützlichen Bereichen fördern wollen, stellen das Wirtschaftswachstum nicht grundsätzlich in Frage und leisten einem technizistischen Umweltschutz Vorschub. Arbeit und Einkommen müssen deshalb entkoppelt werden, so dass die Arbeit als Zwang für die Sicherung des Lebensunterhalts entfällt. Ein garantiertes Mindesteinkommen für alle, also auch die nicht Erwerbstätigen, würde die Wahlfreiheit zwischen Arbeit und Nichtarbeit erleichtern und den Zwang zur Erwerbsarbeit tendenziell aufheben.

Insbesondere das Konzept des garantierten Mindesteinkommens kann heute als eigentlicher "grüner Ersatz" für die Vollbeschäftigungspolitik angesehen werden. Es existiert auch bereits in sehr verschiedenartigen Variationen, die aus gewerkschaftlicher Sicht auch ganz verschieden beurteilt werden müssen. Hier soll es aber vor allem um die grundsätzliche Auseinandersetzung gehen, ob die Forderung nach Vollbeschäftigung aufgegeben werden kann/soll.

Thesenartig soll jetzt auf diese Argumentation eingegangen und versucht werden, wenigstens in Ansätzen eine gewerkschaftliche Position zu erarbeiten, die jenseits von Wachstumsfetischismus und Sozialromantik angesiedelt ist.

Arbeit und Umwelt aus gewerkschaftlicher Sicht

Ausgangspunkt ist eine der bisher grössten Krisen der Menschheit und dies in einem doppelten Sinn. Gerade die jüngste AKW-Katastrophe in Tschernobyl hat uns den Ernst der Umweltkrise wieder einmal drastisch vor Augen geführt. Die Menschheit bedroht ihre eigene Existenz durch Zerstörung der natürlichen Grundlagen.

Hinzu kommt die wirtschaftliche Krisensituation. Trotz einer Ankurbelung von Profiten und Umsätzen und einer entsprechenden Steigerung der Produktion in jüngster Zeit bleiben die Arbeitslosenzahlen in den kapitalistischen Ländern auf einem seit der grossen Krise der dreissiger Jahre nie mehr dagewesenen Rekordstand. Die mit der zunehmenden Rationalisierung der Produktion zusammenhängende Spaltung der Gesellschaft betrifft jedoch nicht nur die Arbeitslosen sondern auch die Arbeitsplatzbesitzer, da anscheinend nur ein Teil der Arbeitnehmer, die Rationalisierungsgewinner, vom wirtschaftlichen Aufschwung profitiert.

Hier sei gleich angemerkt: Auch diese ökonomische Krise ist existenzbedrohend. Arbeitslosigkeit, Hoffnungslosigkeit, Hunger und Ausbeutung, im europäischen, aber auch im Weltmassstab gesehen, bedeuten in der letzten Konsequenz politische Krisen und Krieg. Es wäre nicht das erste Mal, dass sich ein neuer Faschismus in Westeuropa – in welchem Gewand auch immer – auf der Basis der Arbeitslosigkeit aufbaut. Bereits heute ist die europäische Arbeiterbewegung geschwächt, das Kräfteverhältnis hat sich deutlich zugunsten der Kapitaleseite geändert, und dass neoliberale Kreise auf die Zerschlagung der Gewerkschaftsbewegung bauen, ist hinlänglich bekannt. Letzteres gilt grundsätzlich auch für die Schweiz: damit sind nicht nur die sozialen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte bedroht. Eine Schwächung der Gewerkschaftsbewegung bedeutet schliesslich auch eine Schwächung aller oppositionellen Kräfte inklusive der neuen sozialen Bewegungen.

Angesichts der zunehmenden Umweltbedrohungen muss auch die Gewerkschaftsbewegung die ökologische Frage bei der Formulierung von wirtschaftspolitischen Alternativen miteinbeziehen. Da es in der neuen Wachstumsstrategie des Kapitals keinen Platz für die sozialpolitischen Anliegen der Arbeiterbewegung hat, ist die Anziehungskraft dieses Modells für die Gewerkschaften nicht gross. Aber auch das frühere, keynesianische Arrangement kann nicht mehr hergestellt werden, selbst wenn dies wünschbar wäre und Teile der Sozialdemokratie noch mit dieser Möglichkeit liebäugeln, eventuell in Verbindung mit einer Strategie der technologischen Erneuerung à la Hayek, dem Schweizer Unternehmungsberater, als neuem Klassenkompromiss.

Schlussfolgerung aus diesen Überlegungen muss eine Neuorientierung der Arbeiterbewegung sein. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Erhaltung der bestehenden, die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen steht dabei neben den ökologischen Zielsetzungen nach wie vor im Vordergrund. In der Arbeitslosigkeit kann unter den heutigen Bedingungen niemals eine Chance gesehen werden, um beispielsweise ein neues Verhältnis zu Arbeit und Freizeit zu

gewinnen, wie dies einigen grünen oder "autonomen" Vertretern vorschwebt. Selbst ein garantiertes Mindesteinkommen in ausreichender Höhe kann kein Ersatz für die Erwerbsarbeit sein, solange ganz wesentliche Elemente des individuellen und sozialen Lebensinhalts, wie Kommunikation, gesellschaftliches Ansehen und Selbstverwirklichung eben nur durch die Erwerbsarbeit im formellen Sektor der Wirtschaft zu erlangen sind (5).

Vollbeschäftigungspolitik des "neuen Typs" als gewerkschaftliche Antwort

Also doch Vollbeschäftigungspolitik? Jein. Vollbeschäftigung als Ziel muss modifiziert und erweitert werden. Ziel kann nicht die Vollbeschäftigung im Sinn der 44-Stunden-Woche für vor allem männliche Arbeitnehmer als Grundlage für das Haushaltseinkommen sein. Ziel muss grundsätzlich das Recht auf Erwerbsarbeit für jedermann und jedefrau im formellen Sektor der Produktion werden. Voraussetzung ist allerdings eine gerechtere Verteilung der Arbeit auf alle durch eine Verkürzung der Normalarbeitszeit zunächst auf 35, später auf 30 Stunden in der Woche. Das Recht auf Erwerbsarbeit bezieht sich also auf eine bedeutend tiefere Normalarbeitszeit, die mit einem Mindestlohn verknüpft ist, der real nicht tiefer sein darf als die heutigen Mindestlöhne in der Industrie. Das Recht auf diese Normalarbeitszeit würde auch die Schutzfunktion des Normalarbeitstages aufrecht erhalten. Letzteres ist wichtig als Gegenstrategie gegen die von den Unternehmern verlangte Flexibilisierung von Arbeitszeit und Löhnen (6). Mit dieser Stossrichtung könnte auch in der Schweiz der zunehmenden Tendenz zum in der Arbeitslosenstatistik nicht erscheinenden "Erwerbsverzicht" entgegengetreten werden (7). Zehntausende von Erwerbswilligen, vor allem Frauen, von denen heute viele im informellen Sektor unbezahlte Arbeit leisten, könnten so wieder in die Erwerbsarbeit integriert werden.

Ein solches Konzept geht also von der Möglichkeit aus, allen Erwerbswilligen einen Arbeitsplatz im formellen Sektor zur Verfügung stellen zu können, wenn auch bei stark reduzierter Normalarbeitszeit. Damit unterscheidet sich diese Position im wesentlichen von grünen Konzepten, welche einen stetigen Arbeitsplatzabbau als quasi unumstößliche Tatsache akzeptieren und vor allem auf eine Einkommenssicherung über ein garantiertes Minimaleinkommen bedacht sind. Eine solche Position käme einer Kapitulation vor der Arbeitslosigkeit gleich. Das garantierte Mindesteinkommen finanziert weiterhin eine industrielle Reservearmee, erleichtert der Kapitaleseite die Marginalisierung gewisser Bevölkerungsteile (schlecht geschützte Arbeitsverhältnisse, Hausfrauen) und erhöht so den Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen. Kein Wunder, dass heute die Idee vom garantierten Mindesteinkommen auch bei konservativen Ökonomen in der Schweiz gut ankommt: ein erwerbsunabhängiges Mindesteinkommen quasi als Voraussetzung eines "wirklich freien Arbeitsmarktes", der noch besser auf die Erfordernisse der Wirtschaft reagieren kann und auch denjenigen, die ohne Arbeitsplatz sind, die "Möglichkeiten des heutigen Freizeitangebots" öffnet (8).

Die durch radikale Arbeitszeitverkürzung gewonnene freie Zeit bedeutet

eine Ausweitung der Autonomie der Lohnabhängigen. Aber selbst wenn die Normalarbeitszeit auf 20 Stunden verkürzt und mit einem garantierten Mindesteinkommen verbunden werden könnte (9), ist es sehr fraglich, ob damit eine allmähliche Loslösung vom "ökologisch bedrohlichen Industriesystem" verbunden sein kann, wie dies grünen Konzepten vorschwebt. Die Unternehmer werden versuchen, die Arbeitsproduktivität durch neue Techniken, aber auch durch Arbeitsintensivierung, höhere Anforderungen und neue Kontrollen zu steigern. Die Erwerbsarbeit wird deshalb auch bei reduzierter Arbeitszeit ein lebensbestimmender Faktor bleiben, der Arbeitsplatz ein Ort wichtiger sozialer Auseinandersetzung.

Recht auf sinnvolle Arbeit

Ein ökologischer Umbau der Wirtschaft kann deshalb auch kaum durch einen Ausstieg aus dem formellen Sektor geschehen, sondern bedingt einen Umbau innerhalb des Erwerbssektors selbst. Die Formel "Recht auf Erwerbsarbeit" muss entsprechend erweitert werden zur gewerkschaftlichen Forderung nach dem "Recht auf eine *sinnvolle* Arbeit" in der gesellschaftlichen Produktion.

Die Konzentration der Kräfte auf die Arbeitszeitverkürzung oder Arbeitszeitflexibilisierung *allein*, wie sie in Anlehnung an Gorz auch in der Schweiz vertreten wird (10), überlässt den formellen Sektor ganz den Kapitalstrategen und beinhaltet zudem die Gefahr einer zunehmenden Spaltung der Gesellschaft (11). Die Arbeitszeitverkürzung muss deshalb einhergehen mit der Forderung nach menschlichem Einsatz der Technik, vermehrter Autonomie an den Arbeitsplätzen.

Beschäftigungsprogramme sollen in erster Linie dazu dienen, Alternativen in der Produktion aufzuzeigen. Ziel solcher "alternativer" Beschäftigungsprogramme ist es nicht, Arbeitsplätze um jeden Preis zu schaffen, sondern aufzuzeigen, wo es sinnvolle Arbeitsplätze im Umweltschutz oder in sozial nützlichen Bereichen gibt. Dabei geht es auch um Alternativen zu den *bestehenden* Arbeitsplätzen. Zu erinnern ist hier beispielsweise an jene betrieblichen Alternativpläne, die explizit Rüstungsgüter durch sozial nützliche Produkte ersetzen wollen oder an das Beschäftigungsprogramm der Gewerkschaft Bau und Holz (GBH), das auch ausführt, welche Bauinvestitionen in Zukunft nicht mehr wünschbar sind (12). Ökologische Investitionsprogramme sollen aufzeigen, wo es sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeiten gibt, ohne der keynesianischen Arbeitsbeschaffungsideologie zu verfallen.

Mit der Forderung nach einer Veränderung *innerhalb* der Erwerbsarbeit soll nichts gegen eine Verbesserung der sozialen Absicherung gesagt werden, die durchaus wünschbar wäre für Personen, die das Recht auf die Normalarbeitszeit im formellen Sektor nicht – oder nicht gänzlich – beanspruchen können (z.B. wegen Kindererziehung) oder wollen (Ausbildung, Eigenarbeit, Langzeiturlaub usw.). Es soll ja auch weiterhin ein Recht auf *weniger* Arbeit geben, als es die Normalarbeitszeit darstellt. Es ist deshalb erstrebenswert, die soziale Mindestabsicherung zu verbessern, auch wenn damit allein nicht irgendwelche Hoffnungen vom Ausstieg aus der Industriegesellschaft ver-

knüpft werden.

In Verbindung mit dem Recht auf Normalarbeitszeit im formellen Sektor und dem Aufzeigen von Beschäftigungsmöglichkeiten für ökologisch und sozial gerechte Arbeitsplätze könnte auch das Konzept des garantierten Mindesteinkommens funktionieren: es wäre kein Ersatz für Vollbeschäftigung mehr sondern eine Ergänzung. Es soll hier allerdings dahingestellt bleiben, ob unter diesen Umständen das garantierte Grundeinkommen für alle oder eventuell andere Konzepte der Verbesserung des bestehenden sozialen Netzes etwa durch ein bedarfsbezogenes Grundeinkommen adäquater wären (13).

Den gemeinsamen Nenner finden

Eine Gewerkschaftspolitik, welche die Vollbeschäftigung bei stark reduzierter Normalarbeitszeit und einen ökologischen Umbau der Produktion fordert, wäre eine Alternative zum neuen, "hyperindustriellen" Wachstumsmodell der Kapitalseite. Wie verhält sich nun eine solche Vollbeschäftigungspolitik "des neuen Typs" zum Wirtschaftswachstum schlechthin?

Dies kann in einer zu allgemeinen Form nicht beantwortet werden. In Regionen mit ausgedehnter Massenarbeitslosigkeit, wie in der BRD oder Grossbritannien, bleibt die Schaffung von Arbeitsplätzen ein prioritäres Ziel. Kurzfristig ist dies nur möglich mit Beschäftigungsprogrammen in Milliardenhöhe, da der Effekt der Arbeitszeitverkürzung hier nicht genügt. Weil diese Beschäftigungsmöglichkeiten zusätzlich zu den bereits bestehenden geschaffen werden müssten, würden solche Programme wahrscheinlich kurzfristig zu höheren Wachstumsraten führen.

Auch hier muss es sich jedoch um Investitionsprogramme handeln, die sich strikt an der Deckung ökologischer und sozialer Bedürfnisse orientieren. Und im Bereich der Luft- und Wasserreinhaltung, des Landschaftsschutzes, der Energieversorgung und des öffentlichen Verkehrs gibt es einen riesigen Bedarf, den zu decken ökologischen Zielsetzungen entspricht, da kurz- und mittelfristig eben ein "Reparaturbedarf" besteht. Hinzu kommt, dass in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit eigentliche Armut und ein Mangel an sozialer Grundversorgung besteht, der durch die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze behoben werden könnte. In den meisten Regionen der Schweiz würde wahrscheinlich der Effekt der Arbeitszeitverkürzung ausreichen, um zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen.

Nullwachstum oder Wirtschaftsschrumpfung darf genausowenig ein neuer Fetisch sein wie Wachstum um jeden Preis. Ökologischer Umbau der Wirtschaft heisst, dass längerfristig einzelne, industrielle Sektoren schrumpfen müssen, wie z.B. die Rüstungsindustrie, die Automobilindustrie, der Strassenbau usw. Es ist aber nicht zwangsläufig, dass ein Umsteigen vom privaten auf den öffentlichen Verkehr oder vom chemisierten zum biologischen Landbau zu einer Schrumpfung der Wirtschaftstätigkeit insgesamt und schon gar nicht der Arbeitsplätze führt. Im Gegenteil: Auch ein solcher radikaler, ökologischer Umbau der Wirtschaft kann einen massiven Beschäftigungseffekt beinhalten (14).

Weder ein Nullwachstum, noch Wachstum (auch nicht qualitatives!), noch Schrumpfung des Sozialprodukts kann letztlich das Ziel einer ökologisch und sozial gerechten Wirtschaftspolitik sein. Ziel ist eine Verbesserung der Umwelt- und der Lebensqualität. Zu letzterem gehört aber auch das Ziel eines "Rechts auf eine sinnvolle Erwerbsarbeit" im oben beschriebenen Sinn. Das Arbeitsplatzargument einfach als irrelevant beiseite zu schieben, wie gewisse grüne Exponenten das – übrigens bezeichnenderweise nur hierzulande – tun (15), ist angesichts der sozialen, aber auch politischen Bedrohung durch die Arbeitslosigkeit zynisch und berücksichtigt auch nicht das aktuelle Bedürfnis nach einer sinnvollen Tätigkeit ausserhalb der Eigenarbeit. Dass das Arbeitsplatzargument von der Kapitaleseite auch heute immer noch gebraucht wird, um nötige Umweltschutzinvestitionen zu blockieren und Arbeit und Umwelt gegeneinander auszuspielen, ist die andere Seite der Medaille.

Eine Orientierung der Gewerkschaftspolitik an der Vollbeschäftigung des oben beschriebenen "neuen Typs" in Verbindung mit einem ökologischen und dem sozialen Bedarf entsprechenden Umbau der Wirtschaft ist auch eine Voraussetzung, um überhaupt die Anliegen einer grünen Wirtschaftspolitik durchzusetzen. Denn letztlich braucht es auch neue und vielfältige Träger einer neuen Politik. Und ohne die Arbeitnehmer, die heute zu einem grossen Teil in Industrie- und Dienstleistungsbranchen arbeiten, die "umgebaut" werden müssten, kann eine solche Politik nicht durchgesetzt werden. Ein Bruch mit dem kapitalistischen Wachstumsmodell heisst also auch realpolitisch gesehen, dass alternative Beschäftigungsmöglichkeiten aufgezeigt werden müssen.

Auf dieser Basis wäre auch ein Zusammenwirken zwischen Arbeiterbewegung und grüner Bewegung möglich. In der Schweiz sind die entsprechenden Ansätze noch nicht sehr zahlreich. Immerhin seien hier die gemeinsamen Initiativen zwischen dem Verkehrsclub (VCS) und dem Eisenbahnerverband (SEV) oder das Beschäftigungsprogramm der GBH genannt. Beides Ansätze, die an konkreten verkehrs-, energie- oder umweltpolitischen Debatten anknüpfen können. Auf der Ebene der betrieblichen Alternativpläne (Konversionsdiskussion) gibt es bis heute hierzulande jedoch noch keine Vorstellungen, weder innerhalb noch ausserhalb der Betriebe oder Gewerkschaften. Um dies nachzuholen, müssen jedenfalls von beiden Seiten Impulse kommen.

ANMERKUNGEN

- 1) Altvater/Stanger/Hübner, Alternative Wirtschaftspolitik, Opladen 1983, S. 20 f.
- 2) H. Baumann, Gewerkschaftsstrategien angesichts veränderter weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen, in: Widerspruch 5/1983, S. 27 ff.
- 3) Zu den gewerkschaftlichen oder gewerkschaftsnahen Konzepten vgl. z.B. W. Schneider, Umweltschutz und qualitatives Wachstum, in WSI-Mitteilungen 12/1985, S. 698 ff. und Arbeitsgruppe alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum 85, S. 170 ff.
- 4) H. Wiesenthal, Arbeitszeitverkürzung - Arbeitsumverteilung, in: F. Beckenbach u.a. Grüne Wirtschaftspolitik, Köln 1985, S. 70 ff.






- 5) Dies wird z.B. sehr eindrücklich belegt bei Marie Jahoda, *Wieviel Arbeit braucht der Mensch*, Weinheim und Basel, 1983.
- 6) Zur Problematik der Flexibilisierung vergleiche den Beitrag von A. Rieger in dieser Nummer des *Widerspruch*.
- 7) In der Schweiz wurden für die letzten Jahre neben der "offiziell" registrierten Arbeitslosigkeit grosse Arbeitsplatzdefizite errechnet. So zogen sich allein von 1982 bis 1984 zusätzlich zur registrierten Arbeitslosigkeit noch 100'000 Personen wegen des Arbeitsplatzrückgangs vom Arbeitsmarkt zurück; vgl. KOF/ETH, *Konjunktur, Halbjahresbericht*, April 1986, S. 74.
- 8) Eine solche, sehr deutliche Stellungnahme besteht von B. Fritsch, *Arbeitsloser — ehrbarer Beruf mit rosiger Zukunft*, *Weltwoche* Nr. 10, 6. März 1986.
- 9) Bezieht sich auf den konkreten Vorschlag von M. Opielka, *Ökologische Sozialpolitik*, in M. Opielka (Hrg.), *Die ökosoziale Frage*, Frankfurt a. M. 1985, S. 290 ff.
- 10) Vgl. dazu die Diskussion zwischen dem "Gorzisten" R. Strahm und D. Nordmann: R. Strahm, *Gorz statt Keynes*, *Rote Revue* 2/85; D. Nordmann, *Gorz als Retter*, *SP-Info* 5/6, 1985; R. Strahm, *Die Gorz-Debatte geht weiter*, *SP-Info* Mai, 1986.
- 11) Vgl. dazu auch Maya Berger, *Rettung à la Gorz gefällig?* *Rote Revue*, 5/85, S. 5 ff.
- 12) Eine Übersicht über einige Ansätze zu alternativen Produktionsplänen auf betrieblicher Ebene findet sich in: *Die Mitbestimmung*, Heft 4+5, 1984; *Gewerkschaft Bau und Holz*, *Wie die Beschäftigung in der Bauwirtschaft gesichert werden kann*, Zürich 1983; zur Rüstungskonversion siehe auch A. Gsponer, in: *Widerspruch* 7/1984, S. 65 ff..
- 13) R. Welzmüller, *Bedarfsbezogene Grundsicherung — Element einer Anti-Krisenpolitik*, *WSI-Mitteilungen*, 7/1985, S. 413 ff.
- 14) M. Opielka, *Ökologische Sozialpolitik*, a.a.O., S. 300.
- 15) So Th. Heilmann, *Das Huhn schlachten, das die goldenen Eier legt*, in: *Positionen*, September 1985, S. 8 ff. Diese Position hat sicher auch etwas mit der vermeintlich besonderen Situation der Schweiz als "Insel der Vollbeschäftigung" zu tun, wo die Probleme der Arbeitslosigkeit nicht so krass und offensichtlich sind wie im Ausland.

DISSERTATIONS-DRUCK

OFFSET-DRUCK

BINDEARBEITEN

**REPRO-
FARBKOPPIEN**

 <p>ADAG ADMINISTRATION & DRUCK AG</p>	 <p>COMPUTER- DISCOUNT</p>	 <p>KOPIE & DRUCK</p>	 <p>TASTO TEXT & DATA</p>	 <p>BINDEN & AUSRÜSTEN</p>
	<p>8006 Zürich 8001 Zürich 9000 St. Gallen</p>	<p>Universitätsstr. 25 Seilergraben 41 Rosenbergstr. 32</p>	<p>01/47 35 54 01/251 49 34 071/22 01 31</p>	